

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

109 (19.11.1946)



November

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 13, Tel. 4051/53. Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatlich, Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,60 zuzügl. RM 0,30 Zustellgebühr.

1. Jahrgang

Karlsruhe, Dienstag, 19. November 1946

Nummer 109

Geringe Fortschritte in Triester Frage

Die UN-Vollversammlung für mäßige Anwendung des Vetos — Gleiche Rechte für die Frauen — Italien antwortet Jugoslawien

New York, 18. Nov. (dana-Reuters) Der US-Delegierte Senator Tom Connally sagte am Freitag bei der Wiederaufnahme der Debatte über das Veto, daß von ihm nur in wenigen Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden solle. Die USA erachteten das Prinzip der Einstimmigkeit als von großer Bedeutung für einen Erfolg der UN.

Senator Vandenberg erklärte: „Wir sind der Ansicht, daß die den Großmächten durch die Charta auferlegte Verantwortung von ihnen fordert, jede Anstrengung zu unternehmen, um in den wichtigen Fragen im Sicherheitsrat ein Übereinkommen zu erzielen. Wir bestehen darauf, daß die Anwendung des Vetos keine Macht von den grundsätzlichen Verpflichtungen befreit, die sie durch die Charta auf sich genommen haben. Wir sind der Ansicht, daß der Sicherheitsrat sich auf eine umfassende Liste von Arten von Entscheidungen einigen sollte, bei denen das Veto nicht angewandt werden kann. Abschließend rief der Senator aus: „Wenn die UN nicht funktioniert, so könnte diese Organisation letzten Endes zusammenbrechen. Diese Organisation darf nicht untergehen. Sie muß weiter bestehen.“

Der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej Wjtschinski erklärte: „Einige der Handlungen, Bemerkungen und Schritte, die einige der Delegationen hier unternommen haben, zielen darauf ab, die Einheit der Großmächte zu zerstören.“

Wjtschinski sagte weiter, die Sowjetunion werde stets den Prinzipien und Grundlagen gemäß handeln, auf denen die gegenwärtige Charta aufgebaut ist.

Vereidigung der Frauenrechte

Die Leiterin der indischen Delegation Vijaya Lashmi Fandit wandte sich gegen den dänischen Antrag, der alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ersuchte, den Frauen gleiche politische Rechte zu gewähren.

Der Ausschuss nahm anschließend einstimmig eine Resolution an, durch die den Frauen dieselben politischen Rechte wie den Männern zugesichert werden.

Englisches Oberhaus beunruhigt

London, 18. Nov. (dana-Reuters) Der Erzbischof von York gab laut BBC im englischen Oberhaus am 13. d. Mts. in der Debatte über das Regierungsprogramm, das von König Georg in seiner Thronrede bekanntgegeben worden war, einen tiefen Beunruhigung und Sorge über die Zustände in Deutschland und Oesterreich Ausdruck. Lordkanzler Jowitt erklärte, Europa könne nicht froh, zufrieden und wirtschaftlich gesund sein, solange Deutschland elend und arm ist.

Russische Anschuldigung

Moskau, 18. Nov. (ap) Nach der Besichtigung verschiedener Flüchtlingslager in Westdeutschland erklärte ein Korrespondent der sowjetischen Zeitung „Roter Stern“, A. A. Rowidow, die Vertreter der anglo-amerikanischen Militärbehörden unterbinden die Repatriierung von russischen Flüchtlingen in die Sowjetunion. Auf die Anschuldigungen erklärte am Samstag Vertreter der Abteilung für verschleppte Personen in der US-Armee, es sei nicht wahr, daß die amerikanischen und britischen Behörden die Repatriierung von Flüchtlingen, die in die Sowjetunion zurückkehren wüssten, verhindern.

Gruber zur österreichischen Politik

New York, 18. Nov. (dana) Oesterreich brauche keinen Friedensvertrag, was er braucht, sei eine Erklärung der großen Vier, daß die Situation unseres Landes beendet ist, erklärte der gegenwärtig in den Vereinten Staaten weilende österreichische Außenminister Dr. Gruber in einer Pressekonferenz in New York.

Beratende Landesversammlungen in der französischen Zone

Freiburg, 18. Nov. (dana) Nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnis der badischen Wahlen für die beratende Landesversammlung entfielen von insgesamt 61 Sitzen 37 auf die CDU, auf die SPD 11, DVP 9 und KPD 4 Sitze.

Endgültiges Wahlergebnis Württemberg

Tübingen, 18. Nov. (dana) Bei den Wahlen für die beratende Landesversammlung Württemberg waren von den Kreisstädten 373 Wahlberechtigte und von den Gemeinderäten 285 Wahlberechtigte zu verzeichnen. Bei der ersten Gruppe machten 388 von ihnen Wahlrecht Gebrauch, bei der zweiten Gruppe 281. Insgesamt 367 gültigen Stimmen der Kreisstädte entfielen auf die KPD 20, SPD 69, CDU 245 und DVP 33. Die Sitze verteilen sich wie folgt: CDU 14, SPD 7, DVP 4 und KPD 2.

Gesamtergebnis Rhein-Pfalz

Im rhein-pfälzischen Land entfielen nach dem jetzt vorliegenden Gesamtergebnis von insgesamt 127 zu wählenden Vertretern der beratenden Landesversammlung auf die CDU 69, die SPD 41, die KPD 9, liberale Partei 2 und SVB (Sozialistischer Volksbund) 5.



Der Außenministerrat. Von links nach rechts: Der Vertreter Frankreichs, stellvertret. Außenminister Maurice Couve de Murville, der britische Außenminister Ernest Bevin, der Außenminister der Sowjetunion, Wjatschlaw M. Molotow und der amerikanische Außenminister James F. Byrnes.

Vetorechts der Großmächte bei Entscheidungen der UN zu beraten.

Zwischen Außenminister Bevin und Außenminister Byrnes fand am Sonntag eine Besprechung über die Triester Frage und das Veto statt.

Großbritannien hat der italienischen Regierung seine Antwort auf das Memorandum überreicht. Die Punkte sind u. a.:

3. Juli getroffenen Entscheidungen über die italienisch-jugoslawische Grenze und Triest aufrecht.

2. Großbritanien wird beide Entscheidungen und die auf der Pariser Konferenz angenommenen Empfehlungen voll unterstützen.

4. Die Entscheidung, ob Italien in direkte Verhandlungen mit Jugoslawien eintreten soll, muß von der italienischen Regierung allein getroffen werden.

5. Was die Garantien betrifft, um die Italien bereits im Voraus für ein mit Jugoslawien erarbeitetes Übereinkommen ersucht, so hält die britische Regierung den Zeitpunkt für verfrüht, um Garantien für ein rein hypothetisches Abkommen zu erörtern.

6. Großbritannien ersucht die italienische Regierung, es jederzeit über den Fortschritt etwaiger direkter Verhandlungen voll zu informieren.

Anglo-amerik. Zonenverhandlung

Um die wirtschaftliche Vereinigung — Differenzen um Kalorien und Besatzungskosten

Washington, 18. Nov. (ap) Die anglo-amerikanische Konferenz über die wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen und britischen Besatzungszonen in Deutschland wies im Verlauf der Besprechungen am 14. November über die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Zonen in Deutschland Schwierigkeiten bei Erörterung der Frage der Lebensmittelrationen auf. Die amerikanischen Delegierten schlugen eine Grundration von 1800 Kalorien pro Tag für die nächsten drei Jahre vor. Die britischen Vertreter verlangten eine ständig wachsende Zuteilung, die im dritten Jahr 2100 Kalorien erreichen soll.

Auch über die Frage des Beitrags der beiden Staaten zur Lösung des entsprechenden Finanzproblems gingen die Meinungen auseinander. Die britische Delegation vertrat die Ansicht, daß die finanziellen Beiträge zur Erhaltung Deutschlands praktisch eine langfristige Anleihe darstellten, die Deutschland nach seinem wirtschaftlichen Wiedererstarke zu rückzahlen müsse.

Die britische Delegation stellte sich auf den Standpunkt, daß Großbritannien als Schuldnerland nicht in der Lage sei, eine langfristige

Anleihe zu gewähren, während dies für die Vereinigten Staaten als größtes Gläubigerland weit einfacher sei. Aus diesem Grunde müsse nach britischer Ansicht Amerika die größere finanzielle Last bei der Wiederherstellung der deutschen Industrie und bei der Aufgube, die Deutschen am Leben zu erhalten, tragen. Die amerikanischen Vertreter wandten sich scharf gegen diese Auffassung. Sie erklärten, daß die entstehenden Kosten nach der Bevölkerungszahl der beiden Zonen auf die Besatzungsmächte verteilt werden müßten. Dies würde bedeuten, daß die Engländer, deren Zone eine größere Bevölkerung hat, 58 Prozent der Unkosten und die Amerikaner nur 42 Prozent zu tragen hätten.

Export-Importprogramm der Westzonen

Berlin, 18. Nov. (ap) Deutsche Wirtschaftsbeauftragte der britischen und amerikanischen Zonen haben der Militärregierung ein Zwei-zonen-Export-Importprogramm unterbreitet, das darauf hinzieht, die beiden Zonen innerhalb von drei bis fünf Jahren wirtschaftlich selbständig zu machen.

Der deutsche Zweizonen-Exekutivausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten hat zunächst einen Einjahresplan für die Durchführung von Ein- und Ausfuhr entworfen, der die Errichtung eines Vorruhe-Fonds seitens des Verbandes für die Finanzierung des Wiederaufbaus zerstörter Gebiete in den Zonen vorsieht, mit dessen Hilfe die erforderlichen Rohstoffzufuhren bezahlt werden sollen.

Ein Vorschlag Bevins

Der britische Außenminister Bevin hat am Donnerstag an die Leiter der UN-Delegationen

Solte in der Zwischenzeit ein Viermächte-Abkommen über die wirtschaftliche Einheit ganz Deutschlands getroffen werden, so werde man sich bemühen, diesen Zwei-Zonen-Export-Importplan auf vier Zonen auszudehnen. Es ist beabsichtigt, die wirtschaftliche Selbständigkeit bis 1950 oder 1951 zu erlangen. Unter dem Einjahresplan, der für das Jahr 1947 aufgestellt ist, werden in erster Linie Kohle, verschiedene Arten von Maschinen, Textilien, keramische Artikel, Bauholz und optische Instrumente ausgeführt. Die wichtigsten Einfuhren sind Lebensmittel und Rohstoffe, die für die Herstellung exportfähiger Waren benötigt werden.

Städte fordern Friedens- und Rechtszustand

Wichtige Entschlüsse auf der dritten interzonalen Städtekonferenz — Vorschläge zur Lebensmittelhöhung und Rohstoffzufuhr

Stuttgart, 18. Nov. (Eigenbericht der BNN) Am Samstag wurde auf Schloß Hohenheim bei Stuttgart die dritte interzonale Städtekonferenz fortgesetzt, die auch am zweiten Tage zahlreichen Oberbürgermeistern und Stadtverordnungen verschiedener Zonen besucht war. Oberbürgermeister Veit, Karlsruhe, führte am zweiten Tage mit Umsicht die Konferenz. Nach einem Referat des Direktors der Stadtwirtschaftlichen Hochschule, Prof. Mühlberger, der sich gegen eine Aufteilung des stadtwirtschaftlichen Bodens aussprach und für eine Vermehrung der Not in den Städten erklärte, sprach der Geschäftsführer des württembergisch-badischen Städtetages, Dr. Haubert, Karlsruhe, über die Gefahren, mit denen die Städte im kommenden Winter zu rechnen haben. Er sah bereits bedenkliche Ansätze für Ernährungsnot vor, wobei er betonte, daß das Problem der Ernährung am vorordentlichsten sei. Wenn nicht rechtzeitig geholfen werde, dürfe man unter Umständen aus der Not der Menschen kein wirtschaftliches Katastrophenschauspiel entstehen lassen, das die Besatzungsmächte um Hilfe gebeten werden.

Nationalrat entsprechende Vorarbeiten geleistet werden. Oberbürgermeister Dr. Klett unterbreitete den Vorschlag, ein Gremium zu bilden, das sich mit diesen Vorbereitungen befaßt. Zu diesem Referat faßte die Versammlung eine Entschlüsse, in der es u. a. heißt: „Als verantwortliche Treuhänder von Millionen deutschen Menschen beschwören die Vertreter der Städte die zuständigen Stellen der Mächte, bei denen seit der bedingungslosen Kapitulation die Verantwortung für das deutsche Volk liegt, diesem Volk durch Herbeiführung wenigstens eines grundsätzlichen Friedenszustandes die Möglichkeit zur Arbeit an der eigenen Erhaltung und zur Wiedergutmachung durch Mitarbeit am Aufbau Europas zu geben.“

Die Städte erwarten, daß die deutschen Landesregierungen, solange eine Zentralregierung noch nicht besteht, das Ihre tun, um bei den alliierten Mächten die Notwendigkeit einer schnellen Lösung dieses Problems und der Anhörung von Vertretern des deutschen Volkes dabei nachdrücklich zu vertreten. Sie stehen voll zur Verfügung, den zuständigen Stellen mit Sachverständigen Rat und Material an der Hand zu geben.“

Die Städtekonferenz nahm eine Entschlüsse über den Neuaufbau der kommunalen Selbstverwaltung an, ebenso eine Entschlüsse zur Ernährungskrisis der Städte, die folgenden Wortlaut hat: „Die mit Menschen überfüllten großen Städte, in denen die Not besonders große Ausmaße erreicht, können sich aus eigener Kraft nicht helfen. Sie appellieren daher an das ganze Land, durch die soziale Tat die Einheit von Stadt und Land, die Einheit über die Länder- und Zongengrenzen hinweg, zu beweisen. Sie appellieren insbesondere an die Siegermächte, das deutsche Volk nicht im Hunger und Elend untergehen zu lassen, durch baldige erhöhte Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr den weiteren Verfall aufzuhalten, durch vorübergehende Einstellung der Kohlenabgabe aus Ausland die Bevölkerung vor den furchtbaren Folgen der Kälte zu bewahren und das wirtschaftliche Leben durch Gewährung ausreichender Überbrückungskredite in Gang zu halten.“

Von besonderer Bedeutung war das Referat des Oberbürgermeisters der Stadt Stuttgart, Dr. Klett, über die Notwendigkeit des Friedensschlusses. Es müßten für diesen beiderseitigen Frieden schon jetzt durch einen

Englische Fische und russische Kartoffeln

Hilf für britische Zone

Hamburg, 18. Nov. (ap) Ein Beamter der britischen Militärregierung erklärte, daß drei deutsche Schiffe mit deutscher Besatzung, Fische für die britische Zone Deutschlands laden sollen. Zwei weitere Schiffe fahren nach einem Hafen der sowjetischen Zone, um Kartoffeln abzuholen.

Aus aller Welt

New York. Der tschechische Außenminister Jan Masaryk und der polnische Außenminister Wincenty Rzymowski gaben am 15. d. Mts. in einer Pressekonferenz bekannt, daß sie an den Außenministerrat Noten gesandt hätten, worin sie um die Genehmigung ersuchen, sich an dem Entwurf des Friedensvertrages für Deutschland zu beteiligen. (ap)

Paris. Der Leiter der französischen Kommunisten, Maurice Thorez, gab ein Interview und erklärte, die Kommunisten wollten in Zukunft die Freundschaft Frankreichs zu Großbritannien noch enger gestalten. Die Entwicklung der Demokratie zeige, daß es auch andere Wege zum Sozialismus gebe als denjenigen, den die Sowjetunion eingeschlagen habe.

Rom. Der ehemalige Generaloberst von Makenen, früherer Befehlshaber der 14. Armee in Italien, wurde am 13. d. Mts. unter britischer Bewachung von Deutschland nach Rom gebracht, wo er sich am 18. d. Mts. unter der Anklage des Kriegsverbrechens vor Gericht zu verantworten haben wird. (dana-Reuters)

Letzte Neuigkeiten

Washington, 18. Nov. (ap) Amerikanische Vertreter haben England ersucht, wenigstens fünfzig Prozent der Verwaltungskosten für die britische und amerikanische Zone in Deutschland zu tragen.

London, 19. Nov. (dana-Reuters) Die britischen Kohlenbergwerke werden am 1. Januar 1947 verstaatlicht werden.

Tokio, 19. Nov. (dana-Reuters) Der ehemalige japanische Ministerpräsident Hideki Tojo gab im Verhör des japanischen Kriegsverbrecherprozesses am Montag zu, daß er der Hauptverantwortliche für den Angriff auf Pearl Harbour war.

Nürnberg, 19. Nov. (dana) 45 Deutsche aus Nürnberg und Umgebung werden Gelegenheit haben, der 1. Sitzung des Prozesses gegen Naziführer am 21. November im Nürnberger Justizpalast beizuwohnen. Es ist beabsichtigt, auch für die kommenden Prozesse ständige Deutsche aus allen Ländern der amerikanischen Besatzungszonen zuzulassen.

Südbaden gegen Zusammenschluß

Stuttgart, 18. Nov. (dana) Der Präsident der Landesverwaltung des französisch besetzten Südbadens hat an die Landesversammlung von Württemberg-Baden einen Brief gerichtet, in dem er sich gegen einen Zusammenschluß mit Nordwürttemberg-Baden ausspricht. „Die badische Landesverwaltung sieht sich nicht in der Lage“, heißt es in dem Schreiben, von der mitgeteilten Entscheidung, worin die Landesversammlung den Zusammenschluß mit dem Süden als wünschenswertes Ziel bezeichnet, Kenntnis zu nehmen, ebenso wie sie im Interesse der Einheit, Unteilbarkeit und Selbstständigkeit des badischen Landes auch die im Verfassungsentwurf von Nordwürttemberg und Nordbaden in Form und Art zum Ausdruck gebrachten Unionbestrebungen zurückweisen muß.“

KURZ BELEUCHTET

Der herannahende Winter, der jetzt schon seine Vorboten, Regen und Frost, voraussieht, bringt insbesondere für die großen städtischen Kommunen unerträgliche Belastungen, die sich aus der Verpflichtung, der beispiellosen Not zu steuern und der Unmöglichkeit, die dafür notwendigen Mittel in ausreichendem Maße bereitzustellen, zwangsweise ergeben.

Mit erschütternder Eindringlichkeit haben die Vertreter einer großen Zahl deutscher Städte, die sich vor einigen Tagen in Stuttgart zur interzonalen Städtekonferenz zusammengefunden hatten — übrigens auf Initiative und unter Leitung des Karlsruhe Stadtoberhauptes — auf die ausbrechende Krise in den westlichen Großstädten hingewiesen. Es wird in einer Entschlüsse sogar vom Untergang größerer städtischer Bevölkerungsteile gesprochen und es liegt keinerlei Grund vor, hier von Übertreibungen zu sprechen. Die moralische Berechtigung, in dieser aus Mangel an allen Reserven noch stündlich sich steigenden grauenhaften Not der Gegenwart Hilfe von den Gebieten zu erhoffen und zu verlangen, die noch dazu imstande sind, ergibt sich nicht nur aus der besonderen Bedeutung, die die großen Kommunen in staatlichen Leben haben, nicht nur aus der schicksalsmäßigen Verbundenheit aller Teile unseres Volkes, sondern auch aus der moralischen Leistung, die die Gemeinden in den Tagen des Umbruchs 1945 in der Abwendung des Chaos für die Allgemeinheit vollbracht haben. Damals, als die staatliche Organisation in Nichts zerbrach und der tötliche Koloß in Stücke zerfiel, die Menschen in den Städten unmittelbar vor Gesetzlosigkeit und Chaos standen, haben die Gemeinden, vorab auch die großen, die Zerleiße auf ihre Standfestigkeit abgelegt. Als Wellenbrecher der Not hielten die Selbstverwaltungskörper als letzte Organisation des zivilen Lebens stand und haben Millionen Menschen vor dem Außenstehen bewahrt. Sie können heute in einem Stadium, wo sie außerstande sind, auch durch die Mobilisierung der allerletzten Mittel ihre sozialen Verpflichtungen und letzten Mittel an das hungernde und darbedende Volk zu erfüllen, wohl für sich das moralische Recht in Anspruch nehmen, an die Hilfe der andern und der ganzen Welt zu appellieren. W.B.

Demokratische Führung

Von Werner Orth

Eine Jugend, die groß geworden ist in dem Bewußtsein, daß Treue und Gefolgschaft zu einem „Führer“ ihre Ehre bedeuten, steht heute einer Staatsform kritisch und vielfach ablehnend gegenüber, von der man ihr gesagt hat, daß sie lediglich ein Konglomerat der verschiedensten Interessen-Vertretungen darstelle und in ihrer Struktur jedem Vorwärtstreben unüberwindliche Hindernisse in den Weg lege.

Während der „Führer“ Anspruch erhob auf blinden und gläubigen Gehorsam, auch und gerade dann, wenn die „Gefolgschaft“ ihn und seine Befehle nicht verstand, verlangt eine demokratische Führung gerade die Kritik aller Menschen, die sich ihr anvertraut haben.

„Sich“ anvertrauen heißt aber nichts anderes, als daß die Geführten der Führung das Vertrauen aussprechen, nach genauer und sorgfältiger Prüfung. Eben hierauf beruht der Anspruch auf Führung, der in dem Augenblick erlischt, in dem die Geführten der Führung das Vertrauen entziehen. Wann dieser Augenblick eintritt, entscheidet die kritische Überwachung der in einer Demokratie führenden Organe.

Es liegt auf der Hand, daß nicht bei jeder Kleinigkeit dieses Vertrauen entzogen werden darf. Wenn aber die Regierung die vom Volk verlangte große Linie der Politik verläßt, wenn sie Dinge tut, die die Mehrheit des Staatsbürgers nicht zu billigen vermag, dann ist der Moment gekommen, an dem die Kritik der Geführten die Führung zum Rücktritt veranlaßt. Dann muß aber auch die Führung von sich aus bereit sein abzutreten, weil ihr Mandat erloschen ist.

Es ist die Aufgabe des Volkes, sich eine Organisation zu schaffen, die die Gewähr dafür bietet, daß auf der einen Seite nicht Staatsorgane mit diktatorischen Gelüsten eines Tages ohne und gegen das Volk regieren können, daß auf der anderen Seite aber die erwählten Instanzen ihrer Aufgabe nachkommen können, ohne bei dem geringsten Anlaß von ihrer Arbeit abberufen zu werden.

Die beste Auslese scheint uns immer noch das Verfahren der Wahl von Gremien zu sein, die ihrerseits die öffentlichen Organe bestimmen und überwachen. Diese Wahl kann nur unter großen Gesichtspunkten erfolgen. Wenn z. B. der wählende Staatsbürger von der Notwendigkeit des Sozialismus durchdrungen ist, wird er der Partei seine Stimme geben, die ihm sachlich die beste Gewähr für die Erfüllung eben dieser Forderung gibt. Indem der Wähler in solcher Art einer Partei zustimmt, gibt er ihr und gleichzeitig den von ihr nominierten Kandidaten sein Vertrauen kund, die große Linie der von ihm geforderten Politik später in der praktischen Arbeit im Einzelnen zu verwirklichen. Wenn bei uns so häufig gesagt wird, die Bevölkerung interessiere sich nicht mehr dafür, wieviel Brot und Kartoffeln bei der nächsten Zuteilungsperiode zur Verteilung gelangen, und weniger für die Fragen des staatlichen Aufbaus, so wird damit der Wählerschaft kein sehr günstiges Zeugnis ausgestellt. Hätte sich das deutsche Volk in der Vergangenheit politisch reifer gezeigt, würden wir heute nicht in dieser über großen Not leben.

Aufgabe der Parteien in ihrer inneren Verfassung ist es aber auch, bei der Bestimmung der Richtlinien ihrer Politik, vor allem aber auch bei der Auswahl ihrer Kandidaten genau so demokratisch zu verfahren, wie es im Staat verlangt werden muß. Nur so kann der Gefahr der oft befürchteten Diktatur der Parteibürokratie gesteuert werden. Hinzukommen muß allerdings eine weise Regelung der Zulassung neuer Parteien im politischen Leben. Die Abgrenzung gegenüber der Gefahr der Zersplitterung, wie wir sie zu unserem Schrecken im Weimarer „System“ gehabt haben, einerseits, andererseits gegenüber der Gefahr, daß wirklich wertvolle politische Kräfte nur wegen einer vorerit noch zu geringen Anzahl von Anhängern nicht zum Zuge kommen können, ist ein besonders schwieriges Problem. Eine Lösung mag dahingehend angedeutet werden, daß aus den großen politischen Parteien heraus auch neue Kräfte emporkommen können, wenn diese Parteien eben wahrhaft demokratisch geleitet werden. Die Möglichkeit zur Beschränkung der Anzahl der Parteien, wie sie der Verfassungsentwurf für Württemberg-Baden vorseht, verdient hierbei besondere Beachtung. Das kommende Landtagswahlgesetz sollte von der Bestimmung Gebrauch machen, wonach die Zuteilung von Mandaten von der Erreichung eines Prozentsatzes von 10 Prozent der gültigen Stimmen abhängig gemacht werden kann.

Die beste Regelung in einem Gesetz — auch wenn dieses Gesetz eine Verfassung ist — bleibt jedoch toter Buchstabe, wenn nicht der Staatsbürger das ist, was er in einer Demokratie sein muß: Demokrat! In freier Entscheidung muß der mit den Grundlagen des öffentlichen Lebens durch eigene intensive Mitarbeit vertraut gewordene Staatsbürger wählen, wer seine Geschicke lenken soll. Ist diese Wahl einmal getroffen, dann soll, ja muß er sich denjenigen anvertrauen, die von ihm ihr Mandat bekommen haben. Auf Grund dieses Vertrauens zur Führung berufen, müssen die Mandatäre jederzeit bereit sein, sich der Kritik ihrer Wähler zu stellen und abzutreten, wenn diese ihnen das Vertrauen entziehen. Ist andererseits die Wählerschaft bereit zur Mitarbeit ebenso wie zur sachlichen Überwachung der von ihr bestellten Organe, dann ist in der Demokratie die Synthese gefunden zwischen Freiheit und Führung. Dann aber wird es auch nicht mehr möglich sein, daß Demokratie noch einmal mit Schwäche verwechselt wird. Ein Staat ist so stark, wie ihn seine Staatsbürger machen. Wenn Demokraten ihren Staat nach solchen Grundsätzen aufbauen, lenken und schützen, dann werden nicht so schnell wieder Antidemokraten den Abtritt in eine Diktatur herbeiführen können. Es ist Aufgabe der Staatsbürger, auch bei der bevorstehenden Wahl zum Landtag an die Forderung nach einer in Freiheit gestalteten, unter starker Führung stehenden Demokratie zu denken.

Deutsche Betriebe als Reparationen

Zu 75% Abgabe an westliche Alliierte — Genaueste Ueberprüfung der Abrüstung — Frankreich fordert mehr Reparationen

Berlin, 18. Nov. (dona) Das für Reparationszwecke vorgesehene Material, das, wie General William H. D. Raaper bekanntgab, zu 75 Prozent an 18 westliche Alliierte und zu 25 Prozent an Polen und die Sowjetunion verteilt wird, wird aus folgenden Industriebetrieben in den drei Westzonen entnommen:

Berlin, 18. Nov. (dona) Die Verhandlungen zwischen den sowjetischen Behörden und der deutschen Industrie haben zu einer Einigung über das endgültige Schicksal der Zeiß- und Schottwerke in Jena geführt, so daß die Versorgung Deutschlands mit optischen Arbeitsgeräten sichergestellt ist.

Zeiß- und Schottwerke in Jena, die die Versorgung Deutschlands mit optischen Arbeitsgeräten sichergestellt ist. Durch rationelle Arbeitsmethoden werde es in Zukunft möglich sein, den Bedarf an Brillen, Objektiven, medizinischen Geräten und Prüf-Meßgeräten sicherzustellen. Künftig sind Dienstverpflichtungen von Spezialarbeitern der Zeiß-Werke nicht mehr nötig.

Deutsche Schiffe als Reparationen Washington, 18. Nov. (ap) Als erste Reparationsleistung Deutschlands an die USA sind eine Anzahl deutscher Handelsschiffe in Amerika eingetroffen. Die bisher den USA zugesprochenen dreizehn Schiffe werden zum Verkauf ausgeschriben.

Sonderfond für Wiedergutmachung Stuttgart, 18. Nov. (dona) Das Gesetz zur Bildung eines Sonderfonds zum Zwecke der Wiedergutmachung wurde von der amerikanischen Militärregierung genehmigt. Das Gesetz sieht Zahlungen an geschädigte Personen und deren unterhaltsberechtigte Angehörige vor, die zur Zeit des Beginns des ihnen zugefügten Unrechts in dem betreffenden Lande ihren Wohnsitz hatten.

Hochstabler in SS-Uniform Stuttgart, 18. Nov. (dona) Zu dem am 1. November erfolgten Festnahme eines Mannes in der Uniform eines SS-Obersturmbannführers, der geschmückt mit SS-Ordnern auf einer Straße in Gschwend bei Backnang spazieren ging, teilte die Landespolizeidirektion Württemberg mit, daß es sich bei ihm um einen Betrüger und Hochstabler namens Claus Bernhard Wiemann handelt, der nie Mitglied der SS war.

Ribbentrop unter Druck Washington, 18. Nov. (ap) Göring habe zwölf Jahre lang den Außenminister des Dritten Reiches, von Ribbentrop, unter Druck gehalten, indem er belastende Dokumente aus Ribbentrops Vergangenheit in persönlicher Verwahrung hatte, erklärte Dr. Robert Kemper, ein Mitglied der amerikanischen Anklagebehörde im Nürnberger Prozeß.

Interessantes in Kürze die beschuldigt werden, Geistesranke getötet zu haben. Düsselldorf. Kleine örtliche Streiks waren im Ruhrgebiet die Folge des Bekanntwerdens der Nachricht über die 50prozentige Kürzung der Brotzuteilung. (dona-Reporter)

Frankreich stellt Ansprüche Paris, 18. Nov. (dona-Reporter) „Wir würden schon morgen ein Bündnis mit Großbritannien schließen, wenn das deutsche Problem auf eine uns zufriedenstellende Art gelöst würde“, erklärte Maurice Thorez, der Generalsekretär der französischen Kommunisten und Vizepräsident ohne Portfeuille, am 14. d. Mts.

Ehem. Rüstungsbetriebe werden gesprengt Berlin, 18. Nov. (ap) Um die Zerstörung des deutschen Kriegspotentials in der amerikanischen Besetzungszone Deutschlands zu beschleunigen, hat die amerikanische Militärregierung am 18. d. Mts. in ihrem Wochenbericht bekannt-

Liquidation deutscher Rüstungsindustrie Berlin, 18. Nov. (ap) Aus Vertretern aller vier Mächte zusammengesetzte Inspektionsgruppen werden sich über den Fortgang der Zerstörung der deutschen Rüstungsindustrie unterrichten und

Deutsche Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 18. Nov. (dona) 89, Ober Heinz 2, 10, 26, Ober Hermann 8, 9, 10, Ober Georg 15, 10, 20, Ober Joachim 29, 4, 26, Pappas Ferdinand 27, 3, 13, Pahl Artur 22, 1, 25, Pahl Erich 27, 10, 00, Pahl Heinz 23, 12, 14, Quast Heinz 10, 2, 22, Quast Ebrahim 7, 11, 97, Quast Kurt 13, 10, 08, Quast Christian 25, 3, 19, Raffel Jan 4, 9, 20, Raffel Reinhold 9, 12, 25, Rammler Franz 8, 15, Rapoldt Friedrich 20, 5, 56, Saefkow Georg 27, 10, 11, Saeger Willi 26, 10, 02, Sauer Kurt 25, 3, 19, Seifert Kurt 11, 3, 05, Schack Herbert 23, 1, 05, Schack Michael 18, 1, 04, Schackerl Heinz 5, 4, 08, Schackmann Josef 15, 6, 03, Stadler Rudolf 21, 1, 06, Stadler Heinz 15, 6, 03, Stascho Fritze 16, 06, Stange Joachim 14, 9, 07, 4, 26, Stascho Fritze 16, 06, Stange Joachim 14, 9, 07 (Fortsetzung in nächster Nummer)

Dachau. Josef Ehlen, Paul Winkler und August Viehl aus Kassel wurden am 8. d. Mts. von einem amerikanischen Militärgericht zum Tode durch den Strang verurteilt, weil sie am 27. September 1944 vier vorgeladene amerikanische Flieger mißhandelt und ermordet hatten. (dona)

Freiburg/Br. Der Prozeß gegen den Mörder Erzberger, Tillessen, beginnt am 25. Nov. vor einem deutschen Gerichtshof in Freiburg.

Wiesbaden. Der großhessische Justizminister hat den Strafantrag gegen den Lenzträger des „Wiesbadener Kurier“, F. O. Uim am 12. d. Mts. zurückgenommen. Ministerialrat Dr. Arndt hat sich diesem Vorgehen angeschlossen und seinen Strafantrag ebenfalls zurückgenommen. (dona)

Frankfurt. Mit dem Eichbergprozeß beginnen am 2. Dezember vor d. Strafkammer des hiesigen Landgerichtes eine Reihe von Prozessen gegen Aerzte und Personal der Heilanstalten Hadamar, Eichberg und Kaimenhof,

Das freie Wort

Von Herrn Franz Scheller, Pforzheim, Württemberg, ging uns folgende Zusschrift zu: „Ich habe meine politische Ansicht mit manchen „guten Deutschen“ ausgetauscht und dabei Erfahrungen gemacht, die mich lehrten, wie wenig Verständnis für gewisse Geschehnisse besteht und wie falsch geurteilt wird. Wie oft hörte ich die Meinung: „wenn nicht wir den Krieg angefangen hätten, dann hätten es bestimmt die anderen getan. Es ist gewiß schon anerkennenswert, wenn man zugibt, daß wir den Krieg angefangen haben; früher wurde es anders gepredigt und geglaubt. Aber man möchte die Schuld trotzdem dem Feinde zuschieben.“ Man sei ihm bloß zuvorgekommen. Dann spricht man oft davon, daß die Feinde unmenschlich gehandelt hätten, als sie noch im Jahre 1945, wo ihnen der Sieg schon sicher gewesen sei, deutsche Städte bombardierten. Wenn man darauf entgegnet, daß die Bombardierung nicht völkerverwundrig gewesen sei, weil der Krieg noch nicht zu Ende war und die Feinde noch mit allem Möglichen und Unmöglichem Waffen, wie sie ja Goebbels immer hinaustrumpete, rechnen mußten, daß sie jeden Tag Verluste hatten und diese nicht gleichgültig hinnehmen konnten, wird man als schlechter Deutscher hingestellt, dem nachträglich eine schwere Bombe auf den Kopf gesetzt. Aus solchen Ausstellungen ersuche ich leider zu deutlich, wie wenig Gerechtigkeitsgefühl immer noch im deutschen Volk vorhanden ist.“

Stimme der Parteien

Bürgermeister Kaufmann lebt und kommt wieder! Meine plötzliche schwere Erkrankung, nach dem Urteil meiner Aerzte die Folge einer Ueberarbeitung — nach Jahren der Sorge und bitteren Mangels — hat einigen „wohlmeinenden“ Auch-Politikern Anlaß gegeben, mein Abtreten von der politischen Bühne zu prophezeien und planmäßig Entsprechendes zu verbreiten. Ich kann mir nun sehr wohl vorstellen, wie erfreut gewisse Kreise über solches Verschwinden wären. Aber so leicht wird es den Herrschenden nicht gemacht, ein Mann abtreten zu lassen, der sich für die Sache des Volkes eingesetzt hat. Ich werde wiederkommen. Ich bin gesund und freue mich, auf jeden Fall zur rechten Zeit, um zu neuer, treuer, verantwortungsfreudiger Arbeit für unser schwer ringsendes, christliches Volk zur Verfügung zu stehen.

Keiner wird sich irren, wenn er sagt: Unser Banner steht! Das badisch-württembergische Volk kennt seine Richtung! Union ist Parole! Mit uns ist die Zukunft, mit uns das Recht, mit uns der Erfolg! Sorgt nur Freunde, Männer und Frauen, daß die neue Verfassung den rechten Männern als Werkzeug in die Hand gegeben werde. Jetzt geht es um keine Probe mehr. Jetzt geht es um eine lange Jahre verantwortungsvoller Regierungsarbeit in schwerer Zeit. Gott wird mit uns sein in unserem tapferen Kampf gegen die bittere Not und in unseren Ringen um ein neues, ehrliches, freies und demokratisches Vaterland.

Th. Kaufmann, Ettlingen Bürgermeister und Abgeordneter der Verfassunggebenden Landesversammlung

Treffen der Bürgermeister Stuttgart, 18. Nov. (ap) Etwa siebenzig Bürgermeister der US- und des britischen Besetzungszonen hielten am Freitag in Stuttgart eine Konferenz, um Probleme der Verwaltung und des Wiederaufbaus ihrer vom Krieg heimgesuchten Städte zu erörtern. Trotz der Einladung an die Bürgermeister der beiden übrigen Zonen war aus der russischen Zone niemand erschienen. In seiner Eröffnungsansprache erklärte Karl Veit, der Oberbürgermeister von Karlsruhe, der kommende Winter werde entscheidend für den „demokratischen Neuaufbau“ Deutschlands sein.

SPD-Interzonen-Frauentag Frankfurt, 18. Nov. (dona) Die erste Interzonen-Frauentagung der SPD fand am 5. und 6. November in Frankfurt statt. 66 Delegierte der SPD aus den drei Westzonen und Berlin nahmen daran teil.

Berlin. Die britische Militärregierung beabsichtigt für Deutschland in absehbarer Zeit innerhalb der einzelnen deutschen Länder fast alle wirtschaftlichen Funktionen wieder deutscher Zivilverwaltung zu übertragen. (ap)

Hamburg. Aus dem Zivilinterniertenlager von Neungamme wird die Flucht des ehemaligen Kommandanten von Ravensbrück, des Oberleutnants Fritz Suhren, und des ehemaligen „Arbeitsleiters“ Hans Pfiam gemeldet. (ap)

Berlin und das Theater

Von Erich Geiger

Man kommt nach Berlin. Steht vor einer Plakatsäule. Plakate aller Parteien, Aufrufe des Magistrats — und Theaterplakate. Ein großes, auf dem die sieben städtischen Theater — Deutsche Städtetheater, Schauspielhaus, Deutsches Theater mit den Kammerbühnen, Hertha-Kollegtheater mit der Volksbühne, das Theater am Schiffbauerdamm mit dem Märchentheater, das Schloßparktheater in Steglitz und das Metropol-Theater — ihren Spielplan verzeichnet haben. Daneben die Plakate mit den Erstaufrufungsankündigungen und schließlich die Spielpläne der kleineren und Peripherietheater. Außerdem Anzeigen von Konzert- und Kammermusik-Veranstaltungen, Anzeigen von Filmen aller Länder und Anzeigen der Kabarets. Man sieht auf den ersten Blick, es ist allerhand los in Berlin. Nun besucht man die einzelnen Theater. Drei verschiedenen Typen von Intendanten kann man begegnen. Intendanten, die zugeben, daß sie die klassischen Stücke den modernen vorziehen, Intendanten, die vorgeben, Zeithater spielen zu wollen. Aber spielen tun sie alle das Gleiche. Nämlich: erstens, Stücke, die Kasse machen (sollen), zweitens, Stücke, die politisch indifferent sind (wer in prominenter Stellung will heute Farbe bekennen), drittens, Stücke, die den Besitzungsbehörden gefallen, in deren Sektor das betreffende Theater liegt, viertens, Stücke, die sich die einzelnen Herren Regisseure schon seit langem wünschen, fünftens, Stücke, die den Stars der einzelnen Theater zusagen (wobei jedoch kein Theaterleiter zugebt, dies zu tun). Theater spielen. Nein, alle sind sich für den Einsatz jugendlicher und unbekannter Kräfte, die es aber leider nirgends gibt) und sechstens, Stücke, die der Kritik gefallen (können). Denn die Kritik ist eine besondere Sache in Berlin. Ungefähr dreißig geistreiche Menschen bemühen sich so zu schreiben, daß das Publikum sagen kann, das Stück wäre ein Reinfall, die

Theaterleute: es war ein großer Erfolg und die Ortskundigen: Gott, ist dieser Kritiker geistreich. Der alte Streit, für wen nun eigentlich Theater gespielt wird, für das Theater selbst oder für die Kritik oder viell. auch fürs Publikum, dieser Streit ist in den letzten Monaten in Berlin wirklich nicht entschieden worden. Und endlich geht man nun ins Theater, sofern man eine Karte bekommt. Das ist die erste Mühe; die zweite, die Kritik zu vergessen, sofern man einer dpr. „Vielen“ ist, die sich eine eigene Meinung finden wollen, um die dritte ist dann — manchmal — bis zum Ende der Vorstellung durchzuhalten. Dies scheint auch der Grund zu sein, warum die meisten Berliner Theaterbesucher erst während des I. Aktes in die Vorstellung kommen (was passiert schon im I. Akt) der zweite Akt verläuft dann ziemlich ruhig, während im III. Akt die Zuschauer bereits beginnen, nach Hause zu gehen.

Interessant die Vorschau der Schauspieltheater: Vor allem Klassiker oder zum mindesten Stücke, über deren Publikumerfolg man sicher zu sein scheint: Shakespeare, Sophokles, Schiller, Ibsen, Büchner, Shaw, Maugham, Goldoni, Zuckmayer, Klabund, aber keinen unbekannt, vor allem keinen unbekanntem deutschen Autor. Das gibt zu denken. Die selbstverständlich immer ausverkaufte Operette spielt seit Monaten Emmerich Kalmanns „Zirkusprinzessin“, und wird sie auch wohl noch weitere Monate spielen.

Die Filme, die man in Berlin aufführt, unterscheiden sich nur dadurch von denen in der Provinz, daß man sie hier etwa drei bis vier Wochen früher zu sehen bekommt. Dieser Tage lief die Uraufführung des ersten deutschen Nachkriegsfilms: „Die Mörder sind unter uns“ mit geteiltem Erfolg.

Das Konzertleben ist unterschiedlich in der Qualität. Weniges nur (z. B. das Chorkonzert des russischen Staatsorchesters) steht über dem Durchschnitt. Alles in allem: sehr lauwarm. Noch fehlt das Neue, Noch fehlt der neue Schauspieler, der neue Regisseur, der neue Autor. Noch fehlt das Neue aufgeschlossene Publikum. Noch fehlt die Einsicht, daß nach den vergangenen Jahren nicht irgendwo in der Vergangenheit anzuknüpfen kann, sondern neue Wege auch in bezug auf die Kunst beschreiten muß. Aber das Neue wird kommen. Vehement mit

Vom Baum des Lebens

Aber wir Menschen sind nun einmal so wie wir sind. — Wir können immer noch in Paradiesen weilen, aber wir halten es nie lange darin aus, wir haben den Hang, dahinter zu kommen, wie die Sache eigentlich ist, auch wenn wir sie zerstören müssen. Zur Strafe werden wir dann herausgeworfen in alles Leid des Lebens und wir müssen mit den Dingen, an denen wir uns freuten, nun kämpfen. Die meiste Sehnsucht nach den Paradiesesgärten des Lebens werden freilich immer die Künstler haben, und es soll den Cherubinen die dort Polizei halten, am allerschwierigsten fallen, dieses Volk hinauszutreiben. — Mit Furcht, fast mit verschlossenen Augen essen sie die Frucht vom Baum der Erkenntnis, sie verstocken sich alsdann hinter allerlei Buschwerk vor den Flammenschwertern, die das Paradies zu säubern haben, sie sind mühsam still, damit man sie nicht merken soll; ja ich glaube manche haben die Abicht, hinten herumrath zu kommen, wie die Sache von Gut und Böse ist — wo auch der Baum des Lebens steht, wo dessen Früchten sie essen wollen. Aber die Polizei hat gute Augen und oft, wenn einer meint, jetzt sei er ganz nahe am Baume des Lebens, so wird er gefaßt und hinausgeworfen wie alle anderen. Er soll dann noch froh sein, wenn er auf die Erde fällt und mit seiner Kunst nach Brot gehen kann und er nicht in den Abgrund geschleudert wird, aus dem rechtschwer sein soll, wieder herauszukommen. Wenn er von dem Walten Gottes, das sich durch das Wesen der Menschheit hinzieht, auch nicht umschlossen fühlt, so kann dies ihn retten aus allen Zweifeln. (Hans Thoma „Im Herbst des Lebens“)



Planmäßiger Verlauf der Oberligaspiele

Über 160.000 Zuschauer zeigten ihr Interesse an den eintägigen Oberligaspiele. Der FC Nürnberg nahm die schwierige Hürde in Karlsruhe und siegte nach langen Jahren zum ersten Male... Planmäßiger Verlauf der Oberligaspiele...

Table with 4 columns: Team, Goals, Points. FC Nürnberg 8:7, Kickers Stuttgart 8:4, Eintracht Frankfurt 8:4, Kickers Offenbach 8:3, etc.

Familien-Nachrichten

Friedrich Sigmond, sein Lieber Mann ist heimgegangen. Für die so überaus zahlr. Bekleidungsbesitzer u. Bewe...

Veranstaltungen

Liederabend: Unser lb. Herrmann Hoffmann ist von uns gegengen... Familien-Nachrichten...

Badische Neueste Nachrichten

Nürnberg war durchweg schneller am Ball, aber die besseren Chancen hatte das K.F.V. Dreimal war Ehrmann geschickt nach innen gelaufen, hatte aber mit diesen Aktionen kein Glück...

FSV, Frankfurt - Phönix Karlsruhe 2:0 (R. S.)

Der FSV, gewann dieses Spiel recht glücklich. Für den nicht erschienenen Schiedsrichter sprach ein Frankfurter Vertreter an, der allerdings als ein Unparteilicher war...

Unveränderter Tabellenstand in der Verbandsliga

ASV, Durlach - FV, Daxlanden 0:1 (0:0) Es hat alles gebraucht, um diesen knappen Sieg unter Dach und Fach zu bringen...

Oberhausen - Knielingen 1:0 (0:0)

Da der Verband sich nicht entschließen war, einzeln sich beide Mannschaften auf einen Knielei zu verpflichten...

SpVg, Söllingen - SpVg, Ettlingen 2:2, Mühlacker - VfV, Mülburg 0:3, Weingarten - Dillwangen 3:1

Table with 4 columns: Team, Goals, Points. FC Daxlanden 9:9, FC Pforzheim 9:8, VfV Pforzheim 9:7, Kickers Offenbach 9:7, etc.

TuS, Beierheim und SV, Waldhof Tabellenerfüher

Die Vorrunde der Verbandsliga gab ihrem Ende entgegen. Beierheim sticht nach harten Kämpfen ohne Punkteverlust an der Spitze...

Athletengesellschaft gewinnt Gewichtheben und Ringen

An Sonntag trafen sich die beiden Karlsruher Kraftsportvereine, Einigkeit Mühlburg und die Athleten-Gesellschaft...

Sport-Allerlei diesseits und jenseits der Grenzen

Unsportliche Spieler werden bestraft. Die Sprachkammer der Stuttgarter Kickers und Bayern München (3:3) folgende Urteile ausgesprochen...

Stellenangebote

Planmäß. Chelatistrie beim städt. Pflanzhof, Besondere Stellenangebote... Stellenangebote...

Transporte

Kaufgesuche

Verkauf

Kapitalmarkt

Verloren

Amtliche Bekanntmachungen

Transporte russische Zone. Brömmel & Co., Franzosenstraße 11, Karlsruhe. Kaufgesuche...

Vertical text on the far right edge of the page.